

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 141.

Breslau, Mittwoch, den 20. Juni 1894.

5. Jahrgang.

## Reminiscenzen.

Unter obigem Titel ist dem „Vorwärts“ aus Parteikreisen eine Zuschrift zugegangen, die eine hübsche Illustration zu dem von Hans Blum verbreiteten Märchen bildet, deutsche Socialdemokraten hätten von dem ehemaligen französischen Kriegsminister Boulanger Geiß bekommen, damit sie in einem Kriege mit Frankreich dem Heere in den Rücken fallen sollten. Zu dieser unbewiesenen Verdächtigung heißt es in dem Artikel des „Vorwärts“:

Indes ist an der Sache, die Hans Blum in seinen „Lügen“ veröffentlicht, etwas Wahres, insofern deutsche Reichsangehörige tatsächlich mit Boulanger mogelten. Aber es waren nicht Socialdemokraten, sondern Lockspitzel des Herrn Krüger, des damaligen Leiters der politischen Polizei. Unter diesen Lockspitzeln befanden sich der ehemalige badische Artilleriehauptmann v. Ehrenberg und der ehemalige bayerische Infanterielieutenant Max Trautner, der, wie unsere Leser aus den Artikeln gegen Reuß wissen, in der Angelegenheit Rewe eine so infame Rolle spielte. Ehrenberg hatte den Auftrag, unter den deutschen Genossen in der Schweiz für den Gedanken zu wirken, daß man heimlich Waffen anschaffen müsse, um für den Fall eines Krieges mit Frankreich von der Schweiz aus nach Deutschland vorzubrechen, die Post- und Eisenbahnlinien in Beschlag zu nehmen, und im Rücken des deutschen Heeres die Revolution zu entzünden. Es gelang ihm auch, bei der Redaktion der „Arbeiterstimme“ in Zürich Vertrauen zu finden und in dem Blatte eine Reihe sehr geschickt geschriebener Artikel zu veröffentlichen, in welchen Rathschläge erteilt wurden, wie im Falle eines Straßenkampfes die Revolutionäre sich zu verhalten hätten und wie namentlich die feindliche Cavallerie

im Straßenkampfe unschädlich gemacht werden könne. Ehrenbergs Treiben wurde den Genossen in der Schweiz verdächtig und seine Gesellschaft gemieden. Bald darauf wurde sein Treiben aber auch dem Bundesrath zu Bern verdächtig, der Ehrenberg unter der Anklage des Landesverrats wider die Schweiz verhaften ließ. Ehrenberg stand im Verdacht, seine Bekanntschaft mit Schweizer Offizieren dazu benutzt zu haben, die Befestigungen auf dem Gotthard kennen zu lernen und Beschreibungen und Zeichnungen derselben an Deutschland und Italien geliefert zu haben. Ehrenberg gelang es, aus dem Gefängnis in Zürich zu entfliehen.

Als aber in der Session des Reichstages von 1877 auf 1888 Bebel die heftigsten Anklagen gegen Ehrenberg erhob und die politische Polizei beschuldigte, sich desselben als agent provocateur bedient zu haben, sah sich das Kriegsministerium veranlaßt, Untersuchung wider Ehrenberg — der mittlerweile nach Baden zurückgekehrt war — einzuleiten und ihn verhaften zu lassen. Bebel wurde als Zeuge wider Ehrenberg nach Karlsruhe citirt. Es war ihm gelungen, eine große Zahl bezeugter Abschriften vom Bundesrath zu Bern aus den Untersuchungsacten wider Ehrenberg zu beschaffen, die letzteren schwer belasteten und die politische Polizei compromittirten. Seltsamer Weise entließ aber das Generalauditorat des badischen Armee-corps Ehrenberg aus der Untersuchungshaft und diese Gelegenheit benutzte der saubere Patron, um zu verdorsten. Der Proceß wieder ihn mußte niedergeschlagen werden. Wir erwähnen den Fall Ehrenberg so ausführlich, weil er in der Schweiz bei den dortigen Genossen eine ähnliche Thätigkeit entfaltete, wie Trautner später in Paris. Trautner wohnte Anfangs in der Nähe Berns, später verzog er nach Brüssel, von wo aus er eine en face Thätigkeit als politischer und Mil-

tärschpion entfaltete und namentlich verkehrte er viel in Paris. In der Session des Reichstages von 1886 auf 1887 entbrannte befanntlich der Conflict um die neue Militärvorlage. Die Majorität war nicht geneigt, Bismarck's Forderungen zu bewilligen und so erfolgte die Auflösung des Reichstages. Darauf begann jene unvergeßliche Jagd, unter Führung der officiösen Presse, in der die schäuflichsten Mittel angewandt wurden, um das deutsche Volk durch die Drohung einer unmittelbar bevorstehenden Kriegsgefahr mit Frankreich, in dem Boulanger damals Kriegsminister war, in's Bodenhorn zu jagen, und es zu gefügigen Wahlen zu zwingen. Trautner stand als Spion in intimen Beziehungen zu Personen in der nächsten Umgebung Boulangers, mit dem Auftrage, diesen nach Kräften zu Unbesonnenheiten gegen Deutschland zu verleiten, um Wasser auf die Bismarck'sche Mühle zu liefern. Gesah das schlimmste, daß ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausbrach, so war Bismarck sicher, daß er Frankreich allein sich gegenüber hatte, da Rußland vollkommen unvorbereitet war, einen Krieg führen zu können. Auch ließen die französischen Rüstungen damals noch viel zu wünschen übrig.

Bei dieser Gelegenheit wollte man nebenher auch die deutsche Socialdemokratie todt machen, die, das hatte man in den maßgebenden Kreisen längst eingesehen, mit dem Socialistengesetz nicht unterzukriegen war, sie war stärker als je. Die Partei zählte damals im Reichstage 25 Vertreter, die bei allen wichtigen Abstimmungen das Bünglein der Waage in der Hand hielten.

Da, mitten in diesem Kampfe um die Militärvorlage, schrieb Trautner, der der Partei als Spitzel längst bekannt war, von Paris nach Zürich und bat, eines der Häupter der Partei aus Deutschland zu ihm

## „Aneinander gekettet“.

Amerikanischer Criminal-Roman von Otto von Müllendorff.

21]

Nachdruck verboten.

Ob schon Kennedys Hände zitterten, hatte er seine Selbstbeherrschung doch einigermaßen wieder gewonnen. „Hoffen wir, daß die Behörden im Irrthum sind,“ sagte er. Als er dann mit Aufbietung seiner ganzen Willenskraft sein gewöhnliches Lächeln um die schmalen Lippen zu zwingen vermocht hatte, sagte er hinzu: „Mrs. Curtis kommt nicht mehr hinab und da ich nothwendig nach Hause gehen muß, so entferne ich mich nun. Morgen früh aber werde ich wieder am Plage sein. — Guten Abend Gentlemen.“

Er verließ das Zimmer und bald darauf vernahm man seine Schritte auf dem Pflaster des Vorhofes, über den er wie ein Betrunkener schwankte.

Sterrett näherte sich Mr. Blant, ergriff seine Hand und sich verbeugend, sagte er: „Ich ergebe mich und neige mich vor Ihnen, denn Sie sind ein Meister, ähnlich dem meinen, der mich in seine Bahnen lenkte.“

Des Detektivs ganzer Ehrgeiz war nach gerufen. Er befand sich hier im Begriffe, ein Verbrechen zu entdecken, das den Verkauf aller Blätter täglich mehr denn verdreifachte. Zweifellos aber waren ihm noch viele Details desselben gänzlich unbekannt und er war noch nicht mal im Stande, die Triebfeder zu diesem blutigen Drama zu constatiren.

Aber auf alle Fälle begann das Dunkel sich zu lichten. Ihn hatte die Theorie Mr. Blants in Erstaunen gesetzt und er war dem Gedankengang desselben Punkt für Punkt mit Interesse gefolgt und zu der festen Ueberzeugung gelangt, daß dieses so einfache Verbrechen — für das der öffentliche Ankläger es hielt — das verworrenste, complicirteste Räthsel war, das ihm je vorgekommen.

Sein klarer Verstand hatte die einzelnen Momente schnell aneinandergereiht und die heute zu seiner Kenntniß gelangten Umstände zwangen ihn die Bewunderung für das eminente Talent des Friedensrichters auf. Während er mit seiner Bonbonniere sich beschäftigte, dachte er: Ich wette, dieser alte Fuchs und ich, wir werden den richtigen Weg durch dieses Chaos sicher finden. „Mr. Blant,“ sagte er, „ich habe während Ihrer Conversation mit jenem Schufte, meine Zeit gut angewendet. Indem ich meine Blicke auf einige der Möbel schweifen ließ, entdeckte ich zufällig das Couvert des Briefes von Miß Marion. Wissen Sie, wo die Tante, die Sie besuchte, wohnt?“

„In der fünften Avenue New-York, glaube ich.“  
„So — so. Dieses Couvert wurde aber in Jersey City abgestempelt. Dieser Stempel soll uns irre führen. Aber weiter. — Ich habe den Brief gelesen, er lag dort auf jenem Tisch.“ Mr. Blants Artlich überzog ein Schattchen. „Es war vielleicht indiscret von mir, aber — der Zweck heiligt die Mittel. Sie haben ja auch den Brief gelesen? Well — haben Sie die Handschrift scharf in's Auge gefaßt, die Worte

gewogen, den Inhalt jedes einzelnen Satzes wohl durchdacht?“

„Ah —“ erwiderte Blant, „so irrte ich mich also nicht, als ich glaubte, Sie hätten dieselbe Ansicht, wie ich.“

Bei den Worten ergriff er des Detektivs Hände und schüttelte sie mit soviel Wärme des Gefühls, als ob er schon seit Jahren Sterretts bester Freund gewesen. In der Wiederaufnahme der Conversation störte sie das plötzliche Erscheinen Dr. Brandons.

„Mr. Curtis befindet sich ein wenig besser, er schläft fest und wenn er erwacht, wird er beruhigter erscheinen.“

„Dann giebt es Nichts, das uns hier länger festhalten könnte,“ fiel Mr. Blant ein. „Lassen Sie uns gehen, denn Mr. Sterrett muß dem Hungertode nahe sein!“

Als die Drei das Zimmer verließen, steckte Sterrett den Brief Marions und das Couvert in seine Brusttasche.

Mr. Blants Haus war nicht allzu luxuriös ausgestattet, noch konnte man es sehr geräumig nennen, es war in der That das Haus eines Philosophen. Es umfaßte drei Zimmer unten und vier im ersten Stock, sowie einige Kammern für die Diener unter dem Dach. Das Ganze machte den Eindruck, als ob Jemand hier wohne, der seit Jahren sich von dem Geruch des Lebens zurückgezogen, denn die ehemals eleganten Möbel schienen bedeutend abgenutzt und die Politur ver-schwunden, ebenso waren die Polster und Vorhänge ver-



nach Paris zu senden. Er, so versicherte der Agent des Krüger, sei es müßig; ferner im Dienste der politischen Polizei zu stehen und er habe sehr wichtige Eröffnungen zu machen, die er aber nur in Paris machen könne. Natürlich blieb der verlangte Delegierte aus. Seit langem besteht unter den über jene Vorgänge Eingeweihten kein Zweifel, daß damals Trautner den Auftrag hatte, eine Deuselet auszuführen. Gelang es ihm, einen der Führer der Partei zu jener Zeit nach Paris zu locken und in verdächtige Gesellschaft zu bringen, die die Thatsache hätte genügt, öffentlich die Beschuldigung des Landesverrats gegen ihn zu erheben, und sie wäre in jenem Wahlkampfe auf's Gründlichste gegen die Partei ausgeübt worden.

Die Thatsache nun, daß Boulanger in seinem Proceß den seine Ankläger und Richter überzeugenden Beweis geführt haben soll, daß damals größere Summen angeblich an die deutschen Socialdemokraten gezahlt wurden, bestätigt bei uns den längst gehegten Verdacht, daß Trautner und seine Complicen sich als Agenten der Partei in boulangistischen Kreisen einführten und namhafte Summen für ihre Komödie bezogen, die aber nicht in die Taschen deutscher Socialdemokraten, sondern in ihre Taschen oder in die Taschen ihrer Auftraggeber geflossen sind.

### Politische Rundschau. Deutschland.

Die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter und ihre gesetzliche Regelung ist dem Unternehmerrath im nicht genehm; man möchte auch da der Ausbeutungsfreiheit wieder größeren Spielraum verschaffen. Nur so ist eine Auslassung zu deuten, welche die „Berl. Pol. Nachrichten“ bringen und die wohl als von den Unternehmern ausgebreiteter „Fühler“ gelten können. Die „Berl. Pol. Nachr.“ gelten zwar gemeinhin als ein officielles Organ, aber sie stehen gleichzeitig auch in Diensten des Centralverbandes Deutscher Industrieller beim des Verbandes zur Wahrung der gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen, so daß es sich in diesem Falle schwer sagen läßt, ob hier nicht etwa unter officióser Maske lediglich Versicherungen und Wünsche der Industriellen widergegeben werden. Natürlich fehlt nicht die elende Gemeinheit, die geforderten Änderungen als im Interesse der Arbeiter liegend darzustellen. Das genannte Blatt schreibt nämlich Folgendes:

In Folge der vom Bundesrathe auf Grund des § 139a erlassenen Vorschriften über die Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter ist die Verwendung der Letzteren in manchen Fabrikationszweigen ziemlich unzulänglich (???) geworden. Da damit die Arbeiterfamilien nicht an manchen geschädigt werden, so sind Erwägungen im Gange, um Abänderungen der genannten Vorschriften herbeizuführen. Es scheint aber nicht bloß die auf Grund des § 139a erlassenen Bestimmungen, sondern auch der Wortlaut derselben den Bauern während der Erntearbeiten jugendlicher Arbeiter handelnden § 136 der Gewerbeordnung unzulänglichkeiten im Gefolge zu haben. Im § 136 ist bestimmt, daß die Bauern für die zwischen 14 und 16 Jahren alten jugendlichen Arbeiter mindestens Mittags eine und Abends sowie Nachmittags je eine halbe Stunde lauern müssen. Im Ganzen dürfen die jugendlichen Arbeiter höchstens täglich zehn Stunden beschäftigt werden. Ein

Fabrikant nun hatte die Arbeitszeit für diese Arbeiter-Categorie aus Fürsorge für die Letzteren im Winter auf 9 Stunden ermäßigt, dafür aber am Vormittage, an dem die jugendlichen Arbeiter eine Stunde später zur Arbeit kamen, die halbtägige Pause fortlassen lassen. Er ist dafür, wie gemeldet wird, bestraft worden. Nach dem Wortlaute des § 136 ist dies ja möglich, es steht aber mit den Intentionen der Gesetzgeber nicht in Uebereinstimmung. Bei der Bestimmung der in die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter einzulegenden Pausen ist man natürlich von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Arbeitszeit zehn Stunden täglich dauere. Man wollte verhindern, daß die Körper der jungen Leute durch eine längere ununterbrochene Arbeit zu sehr angestrengt würden. Wenn aber die Arbeitszeit von dem Arbeitgeber selbst gekürzt wird, so müßte diese gesetzliche Vorschrift entsprechend maßvoller gehandhabt werden. Der § 136 hat in der Novelle vom 1. Juni 1891 schon eine Abänderung bezüglich der Pausen der jugendlichen Arbeiter erfahren, welche nur 6 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen. Nach dem alten Wortlaute des § 136 hatte das Reichsgericht seiner Zeit entschieden, daß innerhalb dieser 6 Stunden mindestens zwei selbstständige Pausen eintreten müßten. Man hat dies bei Verathung der letzten Novelle für völlig überflüssig gehalten und demgemäß ausdrücklich festgestellt, daß täglich nur eine halbtägige Pause gewährt würde. Wenn darauf bestanden würde, daß die im § 136 für die über 14 Jahre alten jugendlichen Arbeiter vorgeschriebenen Pausen innegehalten werden müssen, auch wenn die Beschäftigungszeit dieser Arbeiter beträchtlich gekürzt ist, so könnte es ja kommen, daß für die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter über 14 Jahre strengere Vorschriften als für die der Arbeiter unter 14 Jahre Platz greifen. Das kann man bei dem Erlaß der Bestimmungen nicht gemollt haben. Eine entsprechende Abänderung des § 136 wäre demnach wohl in Erwägung zu ziehen.

Wie b. sorgt um das Wohl der Arbeiter sich der Officiose geberdet! In Wirklichkeit handelt es sich darum, den jugendlichen Arbeitern die eine Pause zu nehmen. Auch bei einer Verkürzung der Arbeitszeit um nur eine Stunde ist das keineswegs gerechtfertigt. Es wäre nothwendig, daß bald officiële Klarheit darüber geschaffen würde, ob man in Regierungskreisen diesen Plänen zur Rückwärtsrevision des Arbeiters schuldig ist. Die Arbeiter mögen aufpassen, daß man ihnen von dem Besten noch wieder etwas nimmt.

Wir der „Kritik“ hört, „soll es in letzter Zeit auch im Schooße des Ministeriums zu recht heftigen Meinungsverschiedenheiten gekommen sein.“ Sollte damit die eben so stark launische als zurückgegangene Arbeit, daß Herr Bismarck mit seinen Reichsstaatsprojecten nicht und solle, zusammenhängen? Jemand welche thatsächlichen Mittheilungen über diese angebliche Kritik liegen bisher nicht vor.

Im Uebrigen ist auf die Mittheilungen des Reichsanwaltes nicht viel zu geben, dasselbe hört bekanntlich immer das Geiz wachsen.

Vom Landwehr der Freiwilligen. In Saß und Höhe sollen die Freiwilligen über ihren Niedergang kommen. In der Gehälter über den Durchschnitt ist nicht zu erwarten, daß der Staat den allen Gewandtes nur ein wenig kluge, daß Gegen Fächer, so weil er den Staat gegen die Arbeiter auch nimmt, ein Offizier ist, den die Arbeiter einer in Anlehnung demselben Armeesich anwenden zu verstehen. Das „Berl. Tageblatt“ selbst weiß aus den eben nicht mehr zu lösenden Klagen der freiwilligen Partei hin. Das Blatt

Betrachten wir nur die Wahlen in Meseritz, Bomsst, Plauen und Binneberg.

	1893	1894
Meseritz-Bomsst	1381	33 freisinnige Stimmen
Plauen	3961	1999
Binneberg	6223	5052

Das ergibt also für die freisinnige Volkspartei — denn diese stellte in allen drei Fällen den Candidaten — einen Verlust von 4481 Stimmen.

Das bedeutet einen Rückgang von mehr als einem Drittel der Stimmen und mit anderen Worten ein vollständiges Verschwinden der freisinnigen Volkspartei vom politischen Schauplatz bei den nächsten Wahlen. Wenn heute fast alle Abgeordneten der freisinnigen Volkspartei bloß von der Socialdemokratie Gnade im Reichstage sitzen, so werden sich die Gelehrten von der „Freisinnigen Zeitung“ wohl selbst sagen, daß auf die Hilfe unserer Partei bei Stichwahlen nicht mehr zu rechnen sein dürfte. Dann fehlt noch in den sich noch zu dieser im Abbröckeln begriffenen Partei rechnenden Kreisen das, was den Niedergang noch aufhalten könnte, die Gierigkeit, der Opfermuth und die stramme Disciplin. Gerade ein Jahr nach der Spaltung der deutschfreisinnigen Partei steht die freisinnige Volkspartei vor der Eventualität einer Spaltung in eine reine Wählerpartei und eine die in ganz verdünnter Wasserluppen-Socialpolitik machen will. Aber selbst den beutensam nach vorwärts strebenden Theilen der Partei fehlt die Zuversicht. Das „Berl. Tagebl.“ bescheinigt das den Reformersüchtigen in ganz richtiger Weise mit folgenden Ausführungen:

Die Functionen der äußersten Linken sind auf die Socialdemokratie übergegangen. Ihren Vormarsch hält man durch ein paar Tropfen socialen oder socialistischen Deles nicht mehr auf. Man muß socialpolitisch seine Schuldigkeit thun, natürlich, aber man darf nicht darauf rechnen, damit große Geschäfte für die Partei zu machen. Es ist zu spät. In den sechziger und sebziger Jahren war es Zeit, da konnte man unter liberales Parteiwesen noch in englische Bahnen lenken. Jetzt ist die Socialdemokratie schon zu mächtig, der Massenimpuls des Arbeiters zu lebendig geworden, als daß die bürgerlichen Parteien zu den Centren der Industrie das verlorene Terrain leichter Hand wiedergewinnen könnten.

Zu einer reinen Bourgeoispartei muß der Freisinn werden, sagt das Tageblatt, als ob die um Richter, wie die um Ridert nicht genau ebenso wie die um Bennigsen und Gammacher Vertreter reiner Bourgeoisinteressen waren und sind. Was das Tageblatt sagen will, ist nichts anderes, als daß die beiden freisinnigen Gruppen sich mit der nationalliberalen Partei vereinigen müssen, um ihr Scheinleben noch etwas länger fristen zu können. Auch das wird nicht helfen, denn der deutsche Liberalismus ist in allen seinen Schattierungen dem baldigen Untergange geweiht.

Zusammenfassung. Die fromme „Kreuzzeitung“ erwähnt einige in der jüngsten Zeit vorgekommene Mordthaten, ohne den Nachweis zu erbringen, daß bisher auch nur Zurechnungsfähigkeit der Thäter feststehe, und fährt fort:

Die Einführung der Prügelstrafe ist ein Gebot der Nothwendigkeit, und es ist unseres Erachtens keine Zeit mehr zu verlieren, dieses wirksame und bei Hoch-

blüht. Das einzige Zimmer, welches sich einiger demselben gewidmeten Corral und Benutzung nehmen durfte, war die Bibliothek, in der zahlreiche Regale, mit Büchern gefüllt, arrangirt waren, nur die Möbel gewachten eines Anblick, der ihr Alter zeigen konnte.

Mr. Blant hielt zwei Bedientete, eine Frau in des fünfziger Jahren und einen Mann. Die erstere, Kleopatra, eine Kriegerin und Dancer, ein Mulattin, wares ihrem Herrn so innig attached, daß sie ihr Leben für ihn gelassen hätte.

Trotzdem Kleopatra, die tiefste Verehrung für Mr. Blant empfand, war sie in der langen Reihe der Jahre, während welcher sie das Vertrauen ihres Herrn gewannen, je einer verhältnismäßig unabhängigen — ja selbstständigen Stellung gelangt, das heißt — sie schloste sich ihrer eigenen Kapazität und wurde es sich gehalten, ihren Mann an die persönliche Beobachtung der Hausverwaltung zu mahnen, wenn er je gegen dieselbe sich verzeigte. In dem Tage der Stratton-Villa-Drangsal geschah die würdige Dame fast in Berantwortung, denn es war das erste Mal, daß der Friedensrichter die jüngste Stunde des Mittagsessen unbenutzt gelassen. Sie hatte Dances bereits mehrere Male an die Straße geschickt, um zu sehen, ob ihr Herr noch nicht, eingedenk des Reglements, welches er als gültig betrachtete, keine Rücksicht sich erinnerte und sein Erscheinen wieder würde.

Küßlich erbot die Klingel. „Ah — gute Nacht — erwidert — da ist er!“ rief sie betrieblig aus. Aber seine Erscheinung bewies ihr, denn an-

helt Mr. Blant ergriff den Mann's Dancer Gefühles mit der Handwende Schmeichele.

„Kleopatra hat“ sagte er in geringschätzigerem Tone, „es gehört einem Menschen, der in Gesellschaft Gutes thun sich bestreht.“

„Wahler Mann!“

„Wer kann ich das wissen? Bestenfalls irgend ein Erinn, der nun Wagnern wegen der Geschäfte auf Strammes Alle menschlich war, ein widerlicher, hundertjähriger Kerl, wie man sieht.“

„So — ist er allein mit meinem Vater?“

„Ne — Da Strammes ist bei ihnen.“

Kleopatra machte auf, die letzte Ausrufung des Dancers hörte ihr Angst um ihrer Herrn an. Sie hat e ganz nach mehr von Herrlichkeit erwidert, aber er unerschütterlich sich.

Stunde auf Stunde verstrich wieder und noch kam Mr. Blant nicht und das Essen war bereits ungenießbar geworden. Gegen zehn Uhr endlich erschien der Bedientete mit seinem beiden Gästen.

Kleopatra sprach kein Wort, nur wenn sie mit einem anderen herrschenden Kind aus der Gestalt der Frau, die die geschäftlichen Dinge betreiben und gar nicht merken ließen, daß sie eben von dem Schauplatz des großen Beschadens kamen.

Als die Drei das in aller Eile herbeizurückkehren gewohnt hatten, gab Mr. Blant seiner Gemahlin den Befehl, den Läufer in der Bibliothek zu veranlassen. „Da kommt auch eben's Dancer, auch eben's Klüger legen.“

„Aber diese Gentlemen lernen doch ihre Zimmer nicht und vielleicht haben sie noch irgend welche Befehle für mich.“

„Ich werde ihnen die Zimmer selbst anweisen,“ erwiderte Mr. Blant, „und sollten sie dann noch irgend einen Wunsch äußern, so bin ich ja hier.“

Kleopatra sah sich in ihren Erwartungen durch diesen Befehl sehr enttäuscht, denn zu gerne hätte sie geklagt.

Dann begab sich jetzt nach der Bibliothek, wo Mr. Blant Cigarren und Wein zur Verfügung stellte. „Sie Beide können zu Fette gehen, Gentlemen,“ begann Strammes, während er eine Havana anzündete.

„Ich bin zu einer schlaflosen Nacht verurtheilt, doch ehe ich meinen Rapport schreibe, möchte ich Sie noch mit einigen Fragen belästigen, Mr. Blant.“ Der Letztere nickte zustimmend.

„Wir müssen den Jaden unserer Conversation wieder aufnehmen,“ fuhr der Detektiv fort, „und unsere Bemerkungen analysiren. Nur dadurch, daß wir verneint handeln, können wir auf Erfolg in diesem Falle hoffen, denn ich für den räthselhaftesten halte, der wir in meiner Carriere begegnet ist. Die Situation ist eine gefährliche und die Zeit drängt. Das Schicksal jener Personen, auf welchen der schrecklichste Verdacht ruht, hängt von unseren Resultaten allein ab. — Wir haben jeder eine Ansicht, eine Theorie, indessen jene Mr. Clays beruht auf Thatsachen, was wir nicht bekräftigen können und unsere Vermuthungen —“



beten und Mordthaten sehr angebrachte Zuchtmittel wieder zu einem integrierenden Bestandtheile der Strafe zu machen. Unsere Gefängnisse und Zuchthäuser ununterbrochen eine erschreckende Fülle auf, eine große Anzahl von rohen Gefellen fristet hinter Kerkermauern ein sorgloses Dasein und verursacht dem Staate jährlich Tausende und Abertausende von Mark an Unkosten. Zuchthaus- und Gefängnisstrafe hat, wie die Erfahrung lehrt, für jene Elemente nichts Abschreckendes, und deshalb ist es an der Zeit, diese Strafen durch ein weiteres Zuchtmittel in Gestalt regelmäßiger körperlicher Züchtigung zu unterstützen. Ernste Einwendungen gegen eine solche Verschärfung der Strafmittel lassen sich nicht geltend machen und selbst jene Liberalen, die sich noch ganz vom „Humanitäts-Dusel“ durchdrungen zeigen oder von der „ethischen Kultur“ „Wunderwirkungen“ erhoffen, wünschen „im Stillen“ die Prügelstrafe für jene Mordgefahren- und Rombiesthum herbei. Aber ganz abgesehen hiervon, die nur aus Lust an Mord und Todtschlag verübten Grausamkeiten machen die Einführung körperlicher Züchtigung in der That notwendig, und es steht außer Zweifel, daß solche Sectionen einen durchgreifenden erzieherischen Einfluß ausüben werden. Die Regierung wird sich den Dank der weitesten Kreise erwerben, wenn sie mit einer Verschärfung der Strafe für jene rohen Frevelthaten durch Einführung der körperlichen Züchtigung vorgeht.

Die „Kreuzzeitung“ kommt mit ihrer mittelalterlichen „Seilmethode“ einen Posttag zu spät, denn in der Rawitscher Strafanstalt befindet sich, wie unsere Leser bereits erfahren haben, eine mit allem „Comfort der Neuzeit“ eingerichtete Prügelmaschine. Näher auf den Un-<sup>n</sup>inn des mit „Gott für König und Vaterland“ streitenden Junkerblattes einzugehen, halten wir für überflüssig. Wahrscheinlich hofft die „Kreuzzeitung“, daß dann für einige bankrotte Großgrundbesitzer die gute Stelle als R. R. angestellte Prügelhelden abfällt. Diese Herren haben ja im „peitschen“ besondere Routine und es sicher oft genug, als sie noch auf den väterlichen Krautäckern saßen, an ihren Arbeiten probirt. Für Diejenigen, welche darin nicht firm wären, würde es sich empfehlen, beim Kanzler Leist einen Coursus zu nehmen. Vielleicht reagirt das preussische Ochsengrafens-Organ auf diese Vorschläge.

**Coloniale Dampferschmerzen.** Der geschäftsführende Ausschuss der Carl Peters-Stiftung versendet eine gegen das Antislaverei-Comitee gerichtete Erklärung, in der es u. a. heißt:

Dr. Carl Peters theilte dem Antislaverei-Comitee im Sommer vorigen Jahres mit, daß die von ihm in Aussicht gestellte 5000 Mk. für einen Dampfer auf dem Victoriasee, nicht aber für die sonstigen Zwecke des Antislaverei-Comitees seien, demnach nur dann ausgezahlt werden könnten, wenn das Antislaverei-Comitee auch wirklich einen Dampfer auf dem Victoriasee aufstellen wolle. Nachdem dies aufgegeben sei, bleibe die Summe dem ursprünglichen Zwecke vorbehalten. Das Scheitern des Dampferunternehmens schreibt die Carl Peters-Stiftung den unpraktischen Magnahmen des Antislaverei-Comitees zu. Die Carl-Peters-Stiftung hatte einen kleinen Dampfer geplant. Das Antislaverei-Comitee ließ einen Ozeandampfer bauen und schickte erst nach Fertigstellung dieses Ozeandampfers seine „Expeditionen“ an den See, um festzustellen, ob derselbe auch für solchen Ozeandampfer geeignet sei. Dies verbrauchte den größten Theil der angewendeten Geldsummen, welche demnach sicherlich nicht als „im Sinne der Peters-Stiftung und der Willenserklärung des Dr. Peters“ auf-

gewendet betrachtet werden dürfen. Die Art, das Unternehmen anzufassen, war vielmehr im directen Gegensatz gegen den ausgesprochenen Plan der Carl-Peters-Stiftung und des Dr. Peters selbst. Weiteres Geld verschlang ein Versuch, den Petersdampfer mit eigens dazu konstruirten Karren, die sich später als völlig unbrauchbar erwiesen, an den See hinaufzuschaffen. Diefelben kosteten die Summe von circa 40 000 Mark, ein Betrag, welcher schon allein fast genügt haben würde, um den kleinen, von der Carl-Peters-Stiftung geplanten Dampfer an den Ort seiner Bestimmung zu schaffen.

Unser aufrichtiges Velleid!

Lasset die Kindlein zu mir kommen. An den Anschlagäulen Spandaus steht folgendes menschenfreundliche Plakat zu lesen:

„200 Schulkinder, nicht unter zehn Jahren werden des Mittwochs und Sonnabends Nachmittags zum Hebrichausreißen verlangt. Lohn für den halben Tag 30 Pfennig. Fuhrwerk steht bei der neuen Kirche an der Potsdamer Chaussee bereit. Rittergut Gr.-Glinde.“

Hierzu sei bemerkt, daß der Besitzer dieses Gutes, ein Herr Wolland, vorab den Versuch gemacht hatte, durch Vermittelung der Lehrerschaft der Gemeindeschulen zu billigen Arbeitskräften zu kommen. Dank dem energischen Eingreifen der Arbeitervertreter im Gemeindecollégium ist dieser Versuch jedoch vereitelt worden. Fragt man aber, warum der Herr Rittergutsbesitzer Wolland partout darauf angewiesen ist, gegen baare 30 Pfennige die Proletariatskinder des freien Nachmittags zu berauben, so erhält man eine genügende Antwort, wenn man erfährt, daß dieser Herr die Einschätzung zu einem auffallend niedrigen Einkommensteuersatz damit motivirt hat, daß sein Besitzthum trotz Spiritusbrennerei und umfangreicher Wablung nicht nur nichts abwerfe, sondern sogar noch einen baaren Zuschuß erfordere!

Erscheint es unter solchen Umständen nicht genügend gerechtfertigt, wenn so ein nothleidender Agrarier auf erwachsene Arbeiter trotz der grenzenlosen Arbeitslosigkeit, die gerade in Spandau herrscht, verzichtet und freundlich die liebe Schuljugend zum Hebrichausreißen einladet?

Alles begreifen heißt Alles verzeihen, und wir nehmen daher keinen Anstand, das nothleidende Agrariertum gerade Angesichts dieses Falles dem Mitleid der Arbeitslosen Spandaus zu überantworten.

Die Antisemiten unter sich. Dr. Schnitz veröffentlicht in Ahlwardts „Bundschuh“ eine Erklärung, die schließt: „Ich werde nach meiner Rückkehr der Welt zeigen, wer Leuf ist und wie es geradezu unfassbar scheinen muß, daß dieser Mensch Angesichts des gegen ihn vorliegenden erdrückenden Belastungsmaterials noch auf freiem Fuße sich befindet.“

Das Wort hat der Abgeordnete Leuf.

Ein kleiner Ordensregen ging in der Pfalz anlässlich des Besuchs des bayerischen Prinzregenten nieder. Selbst auf die Rittel einiger Anilinfabrikarbeiter senkte sich ein broncener Michel nieder.

Wie werden die Arbeiter glücklich sein; die Anilinfabriken sind ja ohnehin die reinsten Paradiese!

Ein „Ebelster der Nation“. Mit Hinterlassung von 5020 Mark Wechselschulden ist ein Herr von

Heydebrand und der Basa aus Berlin verschwunden. Die 6. Kammer für Handelsachen des hiesigen kgl. Landgerichts I fordert denselben jetzt durch öffentliche Zustellung auf, sich am 19. October 1894 zu stellen.

Der „Ebelste“ wird auf diese Aufforderung pfeifen, wenn er sich stellen wollte; hätte er sich nicht gedrückt.

**Ausland.**

**Oesterreich-Ungarn.**

Einen intimen Einblick in die unter dem Justizminister Grafen Schönborn herrschende Pressenfreiheit gewährte eine Gerichtsverhandlung, die am 15. Juni vor dem Wiener Strafgerichte stattfand. Angeklagt war der verantwortliche Redacteur der socialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung“, Jacob Remmann. Die „Arbeiter-Zeitung“ wird regelmäßig wöchentlich. Die wenigen Ausnahmefälle, in welchen eine Nummer der Confiscation entgeht, werden aufgewogen durch die anderen Fälle, in welchen eine Nummer zweimal oder auch dreimal hintereinander confiscirt, in drei oder vier immer wieder purificirten Auflagen erscheint, um immer wieder der Confiscation zu verfallen. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist wohl das meist confiscirte Blatt Oesterreichs. Nichtsdestoweniger gehört zu den meistgelesenen Blättern Oesterreichs. Denn sie ist gut geschrieben, unter den socialdemokratischen Tagesblättern in deutscher Sprache ist sie wohl das beste, und ihre Expedition ist flinker als die Polizei. Wenn die Polizei confisciren kommt, ist der größte Theil der 15—18.000 zählenden Auflage der „Arbeiter-Zeitung“ von der Expedition bereits an die Abonnenten verschickt, und die Polizei hat, wenn sie confisciren kommt, für den größten Theil der Auflage das leere Nachsehen. Das ist nicht etwa eine Renommee der „Arbeiter-Zeitung“; die Staatsanwaltschaft hat die Fruchtlosigkeit ihrer scharfen Confiscationspraxis bei der „Arbeiter-Zeitung“ selbst öffentlich anerkannt. So erklärt es sich, daß das Blatt, trotz dieser unaufhörlichen Maßregelungen, weiter bestehen kann, ja nicht nur das, sondern auch, daß die erste, jeweils confiscirte Auflage, weit außerhalb der Arbeiterkreise, in Wien mit der größten, durch die jeweiligen Confiscationen des Staatsanwalts gespornten Aufmerksamkeit von allen denen gelesen wird, die ein wahres Wort über die politischen Verhältnisse Oesterreichs lesen wollen. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt, was sie will; der Staatsanwalt confiscirt, was er will. Der Staatsanwalt kennt keine Rücksicht für die „Arbeiter-Zeitung“, diese wieder nimmt in ihrer ersten, meistverbreiteten Auflage keine Rücksicht auf den Staatsanwalt. So sind die beiden nun Jahre lang mit einander ganz gut ausgekommen, bis jüngst die berüchtigte Preßordnung des Grafen Schönborn erschien. Zwar hat sie der Graf, unter dem Druck der allgemeinen Empörung, zurückzunehmen erklärt, aber sie wird nichtsdestoweniger, wie der heutige Proceß zeigt, noch immer angewendet. Nach dieser Verordnung giebt der Staatsanwalt dem Redacteur der confiscirten Zeitung die incriminirten

**Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.**

Aus Emanuel Burm's Volk-Lexikon.

(Fortsetzung.)

Im Bewußtsein ihrer persönlichen Kraft glauben jene leidenschaftlichen Naturen durch ihr persönliches Handeln, durch Anwendung von Gewalt die ersehnte Revolution herbeiführen zu können. Diese Anschauung ist psychologisch leicht zu erklären, allein sie ist nicht richtig, beruht auf einer falschen Auffassung des Begriffes Gewalt und der geschichtlichen Bewegungsgesetze.

Wohl war die Gewalt bisher die Geburtshelferin neuer Gesellschaften; aber nur weil die alten Gesellschaften sich mit Gewalt dem sein Recht fordernden Neuen widersetzen. Die Gewalt macht keine Revolution, und ist überhaupt nicht revolutionär. Im Gegentheil: die Feinde der Revolution haben sich stets an die Gewalt gestützt. „Gewalt geht vor Recht“ ist kein revolutionärer Satz und „Blut und Eisen“ ist kein revolutionäres System. Der Bastillesturm war nicht die französische Revolution; er war bloß nöthig zu ihrer Verteidigung.

Die Gewalt ist weit häufiger ein reactionärer als revolutionärer Factor gewesen, wie ein Blick in die Geschichte zeigt. Die neuen Ideen haben stets die Gewalt gegen sich. Wäre die Gewalt allmächtig, so hätte

es nie eine Revolution gegeben. Unsere heutigen reactionären Gewalthaber, welche gleich den Anarchisten an die Allmacht der Gewalt glauben, sind glücklicher Weise im Irrthum befangen. Jede Gewalt Herrschaft bricht zusammen, sobald ihre ökonomischen Machtbedingungen zerbrechen. Und diese Machtbedingungen sind nicht in der Willkür einzelner Personen.

Es ist Wunderglaube, zu meinen, ein Mensch könne mit „Blut und Eisen“ oder durch eine Dynamitbombe nach Belieben die Staats- und Gesellschaftsform ändern. Macht ist nicht Gewalt. Der Macht der ökonomischen Entwicklung gegenüber ist die Gewalt Ohnmacht. Verwerfungssthaten Einzelner sind keine revolutionäre Taktik. Wer ohne Macht an die Gewalt appellirt, nützt nur den Gewalthabern.

Müßten die Chicagoer Anarchisten nicht zugestehen, daß „die historische Bombe“ des Mai 1886 die Interessen des arbeitenden Volkes geschädigt habe? Verschuldigten sie nicht die Feinde des Volkes, jene Bombe geworfen zu haben? Und ist es nicht Thatsache, daß Diejenigen, welche am tollsten den Cultus der Gewalt predigten, sich schließlich als Agenten der Gewalthaber entpuppten? Ob die Gewalt notwendig ist für die Verwirklichung der socialistischen Gesellschaft, ist eine müßige Frage, weil es nicht in unserer Hand liegt, sie zu entscheiden. Die Entscheidung liegt bei den Gewalthabern.

Mit der Lohnslaverei wird es gehen, wie mit der Regerslaverei in den Vereinigten Staaten. Lange war es nur eine Kinderheit, welche die Gemein-

schädlichkeit der Slaverei begriff. Allmählig trat diese Gemein-schädlichkeit so grell und greifbar zu Tage, daß die Massen des Volkes sie begriffen. Und dann bedurfte es nur eines Anstoßes, um den Stein ins Rollen zu bringen. Die That des alten John Brown, der freiwillig den Opfertod wählte, entfachte den Volkszorn. Es war an der Zeit. Das war auch „Propaganda der That“, aber auch die Saat war reif. Die Gewalthaber wurden Rebellen; sie lehnten sich auf gegen den Spruch des Volkes, und die souveräne Macht des Volkes schlug die Gewalthaber mit deren eigenen Waffen, d. h. mit Gewalt. Aehnlich mit der Lohnslaverei.

Jetzt ist's erst eine Kinderheit, welche ihre Gemein-schädlichkeit begriffen hat. Diese Kinderheit wächst heran, weil die Gemein-schädlichkeit der Lohnslaverei und des ganzen auf ihr beruhenden Gesellschafts- und Staatssystems immer greller und greifbarer zu Tage tritt, in immer weiteren Kreisen sich fühlbar macht. Und mit der Unerbittlichkeit des antiken Schicksals naht der Tag, wo die Massen des Volkes die Gemein-schädlichkeit der Lohnslaverei ebenso begriffen haben, wie weiland das amerikanische Volk die Gemein-schädlichkeit der Regerslaverei. Und dann haben die Gewalthaber zu entscheiden, ob sie dem Gebot der Vernunft und Gerechtigkeit folgen oder gar an die Gewalt appelliren wollen. Inzwischen werden wir die Hände nicht in den Schooß legen.

Aber nicht durch Fäulnis und Mitternachts können wir den Sieg unerer Sache beschleunigen, sondern nur







anden zu erklären und zu genehmigen, daß der Betrag von 1000 Mark aus den Ueberschüssen der für den Bau bestimmten Summen entnommen werde. Ferner soll für das am 1. Juli d. J. zu eröffnende Volksbrausebad der Etat für die Zeit vom Eröffnungstage bis Ende März 1895 (Einnahme 3750 Mark, Ausgabe 4875 Mark), abschließend mit einem Zuschuß von 1125 Mk., aufgestellt und dieser Zuschuß aus dem Hauptextraordinarium der Kämmererei pro 1894/95 entnommen werden. — In einer Anlage hat der Magistrat auf Grundlage der in anderen Städten mit Volksbrausebädern gemachten Erfahrungen und unter Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse einen Voranschlag hinsichtlich der zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben für die Dauer eines Verwaltungsjahres aufgestellt, nach welchem der Betrieb der Anstalt jährlich einen Zuschuß von 1500 Mk. erfordern wird. Bei diesem Voranschlag nimmt der Magistrat an, daß 500,000 Badekarten à 10 Pfennige zum Verkauf gelangen werden. Der Magistrat beabsichtigt die Verwaltung der Anstalt, Beschlußfassung über wichtige Angelegenheiten derselben u. einer noch zu bildenden Deputation zu übertragen, welcher gleichzeitig auch die übrigen schon bestehenden Volksbadeanstalten überwiesen werden sollen.

Weitere Vorlagen betreffen die Instandhaltung des Stadthauskellers und Verstärkungen der Stats für einige Verwaltungen.

\* \* \*

[Trunkenheit als Entlassungsgrund.] Zu diesem Thema liegt eine neuere Entscheidung des Berliner Gewerbegerichts vor. Der Hausdiener Pawelle war bei dem Milchhändler Doffe bis zum 25. April d. J. beschäftigt gewesen. Er behauptet am genannten Tage ohne Grund entlassen worden zu sein, und verlangte daher von seinem Arbeitgeber eine vierzehntägige Lohnentschädigung. Am Abend vor seiner plötzlichen Entlassung hatte Pawelle seinen Arbeitgeber gebeten, ihm gestatten zu wollen, eine Kneipe einzuweihen zu helfen. Letzterer war hiermit einverstanden; am folgenden Tage beraute er aber bitter, dem Pawelle die Erlaubnis gegeben zu haben, denn letzterer kehrte erst am Morgen des folgenden Tages zum Arbeitgeber zurück. Als dieser seinen Hausdiener früh um halb sechs Uhr weckte, erhob sich letzterer nicht, ebenso wenig als ihn sein Arbeitgeber noch zweimal weckte. Nicht mehr Erfolg hatte Frau Doffe, die den Schläfer bat, er möge doch aufstehen, es gäbe sonst einen Krach. Zuletzt handelte der Arbeitgeber etwas summarisch und zog dem Schläfer die Bettdecke fort. Nunmehr erhob sich dieser zwar, konnte jedoch im Geschäft keine Arbeit verrichten. Er wurde sodann ohne Kündigung entlassen. Das Gewerbegericht entschied zu Ungunsten des Klägers und legte ihm die Kosten auf. Das Gewerbegericht nahm mit dem Reichsgericht an, daß Trunkenheit im Allgemeinen nicht als Grund zur Entlassung anzusehen sei; stelle sich aber heraus, daß der Arbeiter arbeitsunfähig sei, so müsse der Arbeitgeber als berechtigt erachtet werden, den Arbeiter sofort ohne Kündigung zu entlassen.

\* \* \*

[Sommer-Theater, Liebichs Etablissement.] Heute, Dienstag, gelang „Die Fledermaus“ und morgen, Mittwoch, wiederum „Kyrix-Pyrix“ zur Aufführung. — Die erste Aufführung der Operetten-Revität „Der Obersteiger“ soll Sonnabend erfolgen.

[Die Breslauer Straßenbahn] hat die Verlegung der Geleise von der Vincenzstraße nach der Dismardstraße bis zum Bahnhof der Rechten-Ober-Ufer-Bahn beendet, so daß der Verkehr bis zum Bahnhof eröffnet werden konnte. Es soll nunmehr die Verbindung mit dem Schießwerbergarten schnellstens gefördert werden.

[Hochwasser.] Die reichlichen Regengüsse, welche, wie bei uns im Flachlande schon seit einigen Wochen, so in den letzten Tagen auch im Quellgebiete der Oberniedergergangen sind, haben ein schnelles und ziemlich bedeutendes Wachsen des Wassers auch bei uns zur Folge gehabt. Das Eintreffen der eigentlichen Hochwasserwelle ist indeß erst heut Vormittag zu erwarten. Demnach den am Sonnabend Abend aus Ratibor eingetroffenen Wasserstandsberichten war das Wasser dort noch im Steigen begriffen. Der Pegel zeigte dort Nachmittags 6 Uhr 5 Meter Wasserhöhe, also 1,50 Meter über die Ausflussungshöhe. Die dortige Oberfähre hat deshalb bereits am Vormittag des genannten Tages ihren Betrieb eingestellt. Seitens der Ortsvorstände sind die Landbewohner an der Ober abwärts darauf aufmerksam gemacht worden, ihr Vieh und Heu rechtzeitig zu bergen. Ebenso werden an den Volkspätzen

Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Die an der Ober tief gelegenen Wiesen bei Pattwitz u. sind bereits überfluthet. In Folge des Hochwassers haben auch zwei Dampfer schon in der Ohlenmündung Aufstellung genommen. An den Dampferhaltestellen „Oberflößchen“ und „Neubaus“ konnte bereits gestern nicht mehr angelegt werden.

[Entlassung von Bahnarbeitern.] Wie hiesigen Zeitungen von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, haben vorigen Sonnabend gegen 200 jüngere Arbeiter von der Oberschlesischen Eisenbahn bis zum Alter von 21 Jahren, meist Schlosser und Dreher, Kündigungs schreiben erhalten, worin ihnen mitgeteilt wird, daß sie nur noch bis zum 15. Juli d. J. beschäftigt werden, dann aber wegen „Arbeitsmangel“ für immer entlassen sind. Diejenigen Arbeiter, die schon vorher anderweit Beschäftigung finden, können schon früher abgehen. — Also 200 Arbeiter müssen auf Straßensplaster und die Landstraße, weil „Arbeitsmangel“ vorhanden ist. Ja, in der That, der Herr Eisenbahnminister versteht es, an der „rechten“ Stelle zu sparen.

[Zur Recognoscirung.] Am 15. d. Mts. wurde am Regierungsgebäude am Lessingplatz eine männliche Leiche aus der Ober gelandet und nach der Anatomie geschafft. Die Persönlichkeit des Entseelten hat aber bisher noch nicht festgestellt werden können. Der im Alter zwischen 30 und 40 Jahren stehende Entseelte ist 1,70 Meter groß, hat volles Gesicht ohne Bart und melirtes Kopfhaar und trug u. A. englische Lederbeinkleider, braunes Jaquet, grau farrirte Weste, grauwolleses Hemd, ebensolares Halstuch und Halbstiefel. In einer Tasche der Beinkleider fand sich ein schwarzledernes Portemonnaie mit 13,52 Mark Inhalt und eine kleine Medaille. Die eine Jaquettasche enthielt ein braunes Taschentuch. Alle die Personen, welche zur Feststellung der Persönlichkeit des Entseelten dienende Angaben machen können, werden aufgefordert, sich im Zimmer 16 des königl. Polizei-Präsidiums zu melden.

[Heimlich entfernt] hat sich am 15. d. Mts. aus der elterlichen Wohnung Mariannenstraße Nr. 3 der 11 Jahre alte Knabe Richard Romer. Derselbe trägt u. A. blaues Jaquet, schwarze Beinkleider und Holzpantoffeln.

[Vermißte Kinder.] Der 11 Jahre alte Knabe Richter Romer hat sich am 15. d. Mts. aus der elterlichen Wohnung, Mariannenstraße 3, entfernt und ist noch nicht zurückgekehrt. Der Knabe trägt blaues Jaquet, schwarze Hose, Pantoffeln, und Strohhut. Das 4 Jahre alte Mädchen Else, Tochter des Locomotivführers Meißel (Tauengienstraße 44) wird seit dem 17. d. Mts. vermißt. Das Kind trägt blaues Kleid und Lederschuhe.

[Auffinden eines Verletzten.] In der Nacht zum 17. d. Mts. wurde auf dem Schießwerberplatz ein unbekannter Mann aufgefunden, dem Blut aus Mund und Nase quoll. Der Unbekannte, der sich die Verletzungen durch einen Sturz zugezogen haben muß, war 30 Jahre alt, hatte dunkles Haar und war mit dunklem Anzug und Ledergamaschen bekleidet. Er wurde dem Allerheiligen-Hospital zugeführt.

[Diebstähle.] Am 15. d. Mts. wurde auf der Matthiasstraße einem 8 Jahre alten Knaben von einer 16—18 Jahre alten Frauensperson ein Korb, Eßgeschirr, zwei Handtücher und ein blaues Tuch entwendet, gestohlen. Die Diebin war mit hellem Kleid und Lederschuh bekleidet. — Einem Gutbesitzer aus Weidenhof, Kreis Breslau, wurde eine Jagdtasche und ein Gewehr Nr. 25 735 nebst 50 Patronen gestohlen. — Einem Schuhmacher auf der Sedanstraße wurde aus seiner Wohnung eine silberne Cylinderuhr entwendet.

[Ertappte Einbrecher.] Am Sonnabend Abend waren zwei Arbeiter in diebischer Absicht in die Fabrikräume einer Druderei auf der Sandstraße eingedrungen, indem sie die Thür mittels Dietrich geöffnet hatten. Die Diebe wurden noch rechtzeitig abgefaßt und in Haft genommen.

[Festgenommen] wurde ein Arbeiter, der in Scheitnig einer Dame eine Handtasche und einen Schirm gestohlen hatte.

[Verkauftenes Kind.] Am 17. d. Mts. Nachmittags hat sich das 4 Jahre alte Mädchen Else, Tochter des Tauengienstraße 44 wohnenden Locomotivführers Meißel, verkauft. Das Kind hat blondes Haar und trägt u. A. ein blaues Kleid und Lederschuh.

[Polizeiliche Nachrichten.] Gefunden: Ein Schulbuch, ein Damenstrohhut, eine Kinder-Perle, ein Leder-Futtermal mit Ringen u. Festschnitzern, ein goldener Ring, ein Regenschirm, eine Cigarettasche, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein goldenes Pürcy und ein goldener Trauring. — Verloren: Drei

Portemonnaies mit 9 bezw. 10 und 15 Mark Inhalt und ein Trauring, gez. C. W. 14. 9. 89. — Gestohlen: Einem auf der Sedanstraße wohnenden Schuhmacher eine silberne Cylinderuhr aus seiner Wohnung. — Verhaftet am 16. und 17. d. Mts. 122 Personen.

**An die Genossen in Böhlowitz.**

Die nächste Mitglieder-Versammlung des social-demokratischen Arbeiter-Vereins findet morgen Abend 8 Uhr, Böhlowitz Nr. 1 b, statt.

Die Mitglieder werden erlucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen; bekunden wir damit, daß wir uns durch all die gemeinen Machinationen, welche in der letzten Zeit gegen uns in Scene gesetzt wurden, nicht abhalten lassen, immer energischer für unsere Sache zu agitiren.

**Fleischergesellen-Versammlung.**

In der Berliner Weißbierhalle, Berlinerstraße 70, fand am Freitag, den 15. d. Mts., abermals eine Fleischer- und Würstmachergesellen-Versammlung statt, welche noch zahlreicher als die erste besucht war; die Meister hatten sich weniger zahlreich eingefunden. Das Referat übernahm diesmal der Schlächter Fritz Gasmann-Berlin und zwar gleichfalls über die Lage der Fleischer- und Würstmachergesellen und wie diese zu bessern ist. Die Versammlung wurde bald nach der Eröffnung etwas erregt, denn einige „gute“ Gesellen, darunter auch der Mitgeselle, verlangten in ziemlich ungehämter Weise, daß sich der Referent auch als Schlächter legitimire; sie beruhigten sich, nachdem dies hinlänglich gesehen war. Zu seinem Referat übergehend, wies der Redner zunächst darauf hin, daß sich die Verhältnisse auch zu Ungunsten der Meister sehr verändert haben; es brauche heute nämlich keiner mehr ein gelernter Fleischer zu sein und er kann trotzdem ein gutes Geschäft machen, d. h. wenn er Geld genug besitzt, um seine Concurrenten aus dem Felde zu schlagen. Sogar die Technik greift schon in diesem Berufe an sich. Und gerade also die Kleinmeister, die gar nicht wissen, ob sie in ein paar Jahren noch „Meister“ sein werden, hätten am allerwenigsten Grund, die Bestrebungen der Gesellen als ihnen selbst feindlich zu betrachten, jenen Bestrebungen, die doch durchaus nicht darauf gerichtet sind, die Gesellen feindlich gegen die Meister zu stimmen, sondern aufzuklären. Die Innungsmeister unter sich machen sich ja die größte Concurrenz und die einzelnen Meister wären schon längst von der Innung abgefallen, wenn sie nicht immer ein besonderes Stedenpferd reiten wollten. Diese kleinen Meister können die Gesellen nicht so ausnützen, aber die großen Meister sind diejenigen, welche die Gesellen ausbeuten und jenen die schmutzigste Concurrenz machen. — Was nun weiter das Verbandsbuch der Fleischergesellen anlangt, mit dem diese ausgeübt, all überall, an anderen Orten, gut aufgenommen und beschenkt würden, so nenne er (der Redner) es nur ein Controlbuch, dazu dienend schließlich, den Fleischergesellen in jeder Art zu kennzeichnen und zu schädigen. Die Innungen geben übrigens gar kein Geschenk an die reisenden Gesellen, sondern eine Büchse, damit sie sich bei den Meistern ein Almosen sammeln, eine Bittellei, die Jeden noch Ehrsgefühl besitzenden empören muß und wenn er so einige Groschen aufgebracht hat, ist er gezwungen, auf der Herberge die Hälfte davon im Interesse des Wirthes zu vertrinken. Hinsichtlich der Lehrlingszucht leitet man im Fleischergewerbe das Menschenmögliche, ja, die Innungen verlangen hierfür noch ein Privilegium. Eine große Anzahl und namentlich verheirathete Gesellen sehen sich in die Zwangslage veretzt, wenn sie nicht hungern wollen, jede andere Arbeit zu verrichten. Er (der Referent) spreche nicht von den Meistern, welche ihre Gesellen human behandelten, vielmehr von Denjenigen, welche sie thätig durch eine Arbeitszeit von 16 bis 18 Stunden täglich ausbeuten. Rechnet man die wöchentliche Arbeitszeit auf 100 Stunden und den Lohn auf 10 Mark, so kommt auf eine Arbeitsstunde 10 Pfennige. Allerdings erhalten die Gesellen noch Kost, aber die ist auch manchmal darnach; was nicht verkauft wird, können die Gesellen verzehren. Noch schlimmer steht's mit der Schlafstätte. Wenn jeder Tagelöhner beim Glockenschlage Feierabend hat, ist für den Fleischergesellen meist keine Stunde festgesetzt, nach welcher er frei wäre. Von Streifen u. s. w. sei gar keine Rede, aber 12 stündige Arbeitszeit und 10 Mk. Wochenlohn sind wohl Forderungen, die nicht unbillig sind. Wenn die Meister ihre Familienmitglieder, welche von ihnen mit „Du“ angeredet werden, lieb haben, lassen sie sie nicht achtzehn Stunden täglich arbeiten. Die englischen Schlächter haben heut schon die zehnjährige Arbeitszeit und einen Durchschnittslohn von 30 Mark pro Woche bei freier Kost; ein Lehrling wöchentlich 4 Mark. Warum sollen hier diese elenden Verhältnisse so weiter bestehen? Es muß endlich etwas zur Besserung derselben gethan werden; die Fröberichsart am Orte ist dazu nicht fähig, denn sie steht unter der Innung. Nur eine freie, von den Meistern unabhängige Vereinigung, die in den Kollegen ganz Deutschlands Unterstützung findet, wird dieses Ziel, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, erreichen. Darum ist der Beitritt jedes Kollegen zur Centralorganisation unbedingt erforderlich. Mit diesem Appell schloß der Referent seine längeren, oft von lebhaftem Beifall und dem Widerspruch der Meister und einiger „guten“ Gesellen unterbrochenen Ausführungen.

In der Discussion wandte sich zuerst Herr Lorenz (Meister) gegen den Referenten, indem er versuchte, dessen Ausführungen als nicht allgemein zureichend, hinzustellen. Nach diesem sprach ein Geselle und zwar in sehr ruhiger, sachlicher Weise, im Gegenlatz zu Herrn Lorenz, wie den übrigen Meistern, die ihre unklare Position durch unsofortigere Ausfälle gegen den Referenten und unter bejaunderer Hervorhebung ihrer angeblichen „Gesellenfreundlichkeit“ zu behaupten suchten. Dieser Geselle hielt den Herrn Meistern in längeren Ausführungen vor, wie schäblich sie ihre Gesellen oft behandelten, jedoch in und behielten. Es gäbe reichlich auch anständige Meister, aber selten. Und bei diesen











